

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tagl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Eringerlohn monatlich 20 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 57 Pf. unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 60 Pf. — Erheblich: tagl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage

Redaktion: Gr. Poststraße 14, U. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Poststraße 14, U. Tel. 1769. Verlagszeitung vom 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends

Inserats werden die gegebenen Zeilen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berechnungen 20 Pf. Inzerate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 296.

Dresden, Freitag den 22. Dezember 1911.

22. Jahrg.

Fortschrittler und Nationalliberale.

Eine eigenartige Erscheinung des jetzigen Wahlkampfes ist das Verhältnis von Fortschrittler zu Nationalliberalen. In einzelnen Wahlkreisen, so besonders in Dresden, ist es so, daß die Fortschrittler durch ihr Bündnis mit den Nationalliberalen in eine sehr isolierte Situation gekommen sind. Die Anhänger der fortschrittlichen Volkspartei müssen ja zu ihrem Schrecken gewahrt werden, daß sie für einen Nationalliberalen eintreten sollen, der tatsächlich überhaupt kein Liberaler ist, sondern nichts als ein verkappter Konserwativer, ein treuer Gouvernementealer.

In dieser Situation ist es wohl angebracht, ein wenig daran zu erinnern, wie sächsische Freisinnige selbst über die Nationalliberalen, besonders solche von der blauen Farbe des Herrn Dr. Heinze, gedacht haben. Sie haben sie oft als schmutzige Reaktionen, als Feinde des Volkes und der Freiheit gebrandmarkt. Gerade das wichtigste Blatt der fortschrittlichen Volkspartei in Sachsen, die Zittauer Morgenzeitung, hat bis in die neueste Zeit die Art Liberalismus, die sie und in Sachsen unter der Flagge des Nationalliberalismus geht, äußerst scharf gekennzeichnet.

Als bei der letzten sächsischen Landtagswahl im Jahre 1909 an die Freisinnigen das Ansuchen gestellt wurde, mit den Nationalliberalen zusammenzugehen, schrieb die Zittauer Morgenzeitung in ihrer Nummer 119 vom 26. Mai 1909:

„Was mögen das sächsische Volk von der Freisinnigen Partei denken, wenn diese ihre Grundzüge in die Tasche steckt, das Kampfes, den sie durch so viele Jahre gegen die Nationalliberalen geführt, verläßt, wenn sie, die energische Vertreterin des allgemeinen Wählerrechts, die Universalwählerrechtgeber, die auch noch nicht die Spur eines Wandels gezeigt haben, als ob gar nicht zwischen ihnen läge, als einzige unerschütterliche Meinungsbescheidenheit, rübertritt umarmt und mit ihnen Hand in Hand ginge, um einige Kandidaten zu ergattern? Wäre nicht das Volk an der Freisinnigen Volkspartei irre werden, an der Ehrlichkeit ihrer Bestrebungen bezweifeln, sie mit diesen Nationalliberalen in einem Lager zu vereinigen, ihre Kampfer für einen Kandidaten, als heuchlerische Kandidatsfreude anzusehen? Gewiß! Und dann geschähe ihr Weh, wenn sie allen Glauben, allen politischen Kredit im Volke verlore.“

Deutlicher und schärfer konnte es nicht zum Ausdruck gebracht werden, daß und warum es für einen Freisinnigen unmöglich ist, für einen Nationalliberalen einzutreten, ohne sich selbst aufzugeben, ohne seine Überzeugung, seine Grundzüge mit Füßen zu treten. In nicht minder scharfer Weise hat auch der freisinnige Reichstagsabgeordnete Budberg, der 22 Jahre den ersten sächsischen Wahlkreis im Reichstage vertreten hat, nach Beendigung der letzten Landtagswahlen die Nationalliberalen als die schlimmsten Volkseinde gebrandmarkt, für die ein ehrlicher Freisinniger nicht eintreten könne. In einer freisinnigen Versammlung in Zittau am 2. November 1909 sagte Herr Budberg — wie die Zittauer Morgenzeitung in ihrer Nummer 258 von 3. November 1909 berichtet —:

„Er wolle nicht das ganze Sündenregister der Nationalliberalen aufzählen; um diese Aufgabe zu erledigen, müßte er ein sehr langes Verzeichnis aufzählen. Erwähnen wolle er nur, daß die Nationalliberalen durch ihre schwächliche Nachgiebigkeit und ihre Kompromiß-Einstellung der Ausgestaltung unserer inneren konstitutionellen Verhältnisse schwersten Schaden zugefügt hätten. Sie, die Nationalliberalen, seien auch die fanatischen Kulturkämpfer gewesen, und ihnen sei es in der Hauptsache mit zuzuschreiben, daß das Reich in die schweren Finanznöte geraten sei... denn die Nationalliberalen hätten alle von der Regierung geforderten Militär- und Marineerlässe bewilligt, und an der geradezu maßlosen Schuldenaufnahme seien sie mit Schuld. Wenn die Nationalliberalen in allen diesen Fragen ihre Anschauung nicht änderten, so sei zu befürchten, daß wir in wenigen Jahren abermals vor Finanznöten des Reiches ständen, und an ein Zusammengehen mit ihnen könne der Freisinn dann auch nicht denken.“

Daß die Nationalliberalen ihre Anschauung auch nur in einer dieser Fragen geändert hätten, wird wohl niemand behaupten wollen.

Die Zittauer Morgenzeitung hat ihr Urteil über die Nationalliberalen bis heute noch nicht revidiert. So oft dieses fortschrittliche Blatt von den Nationalliberalen in Sachsen spricht, brandmarkt es dieselben als die schlimmsten Volkseinde, den niemand aber den Weg irren kann. „Die Nationalliberalen“, heißt es in dem Blatt vom 14. April 1910, „haben wieder einmal gezeigt, daß auf sie kein Verlaß ist. Sie möchten gern als liberal gelten, aber den Grundzug des gleichen Rechts für alle haben sie ausgeschlossen. Politisch sind sie für ein gleiches Wahlrecht nicht zu haben und wirtschaftlich ist ihnen das Koalitionsrecht der Arbeiter ein Dorn im Auge.“ Sie bleiben doch die alten! Die Nationalliberalen nämlich.“ So heißt es in der Zittauer Morgenzeitung vom 14. Januar 1910. „Die nationalliberale Politik wird in ihrer ganzen inneren Haltlosigkeit wieder einmal durch ein charakteristisches Vorgänge im nationalliberalen Lager trefflich beleuchtet.“ (18. Januar 1910.) Und am 2. Februar 1910 schrieb das Blatt:

„Die Nationalliberalen haben dadurch, daß sie sich auf die Seite der Reaktion schlugen, noch dazu in einem Falle, in dem es sich doch um einen einen Versuch des Reichstages gegen einen fremden Angriff auf seine Rechte handelt, wieder einmal vor aller Welt bewiesen, daß niemals auf sie ein Verlaß ist, wenn es sich um die Verteidigung der Rechte und der Freiheiten des Volkes handelt.“

Noch am 20. Juni 1911 schrieb die Zittauer Morgenzeitung:

„Daß das deutsche Volk, das vor der Wahl eines neuen Reichstages steht, in die Richtung klar gegeben, seien es die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands ins Auge faßt und eine billigere Lebenshaltung sowie einen besseren Warenabsatz im Auslande anbahnen will. Es muß mit aller Entschiedenheit die Hochschutzzölner bekämpfen.“

Daß aber Dr. Heinze ein Hochschutzzölner und Gegner des demokratischen Ausbaues unserer Verfassung ist, wird von ihm selbst nicht bestritten. In Zittau haben die Freisinnigen auch bereits erklärt, daß im Falle einer Stichwahl zwischen dem Nationalliberalen und dem Sozialdemokraten die freisinnigen Wähler sozialdemokratisch wählen würden. In einer nationalliberalen Wählerversammlung in Zittau am 11. Dezember 1911 erklärte der Chefredakteur der Zittauer Morgenzeitung, selbst ein Appell der Parteileitung würde an diesem Votumschwanken kaum etwas ändern.“

Nach alledem werden die Anhänger der fortschrittlichen Volkspartei im nächsten Wahlkreise einem Reaktionär wie Dr. Heinze keineswegs ihre Stimmen geben können.

Das Berliner Tageblatt schreibt in seiner gestrigen Nummer über Dr. Heinze:

„Dieser angeblich liberale Kandidat hat an Umwerbung der Konservativen das Menschenmögliche geleistet; durch ganze Nummern hindurch wurde er von dem führenden Blatt der Agrar-demagogie gefeiert als ein Nationalliberaler, wie er sein soll... Heinze hat ihnen (den Konservativen) fürwahr nicht nur den kleinen Finger gerichtet, er streckt ihnen beide Hände hin.“

Marokko-Rusklang.

Am 303 gegen 38 Stimmen hat die französische Kammer dem Marokkovertrag zugestimmt. Viele für den heimgewirkten Vertrag also nur noch der französische Senat als letzte Instanz zu passieren. Dieser Senat wird vielleicht noch manches Wort für und gegen den Vertrag fallen lassen, aber annehmen wird ihn die erlauchte Körperschaft ziemlich einstimmig. Denn es herrscht Marokkomüdigkeit drüben und hieden, diesseits der Vogesen. Das zeigt sich auch an unserer bürgerlichen Presse, die die französischen Marokkoderbatten matt kommentiert und nur noch einige taubelnde, unzufriedene Worte gegen Herrn Ribot fallen läßt. Sie tadelt Ribots falschen Marokkobericht im Reichstage. Denn er sagte: Wir haben das Ziel erreicht, das wir uns gesetzt hatten! Aber wie schon der englische Minister Sir Edward Grey, so erklärte jetzt auch der französische de Selves, daß die deutschen Unterhändler erst im Laufe gespannter Verhandlungen bescheidener wurden, daß Deutschland tatsächlich Absichten auf Sus gehabt habe. Doch trotz aller Widersprüche des Ribot-Berichts wird in keinem der betrieblen Blätter energisch Rechenschaft gefordert; man ist eines Habers müde, der jetzt auch unseren Nationalisten jactos erscheint, nachdem die nationalstische Hege dieses Sommers am gesunden Sinn des Volkes scheiterte.

Etwas aufgeregter gebärdet sich die französische Presse. Nicht wegen des Marokkovertrags, nicht wegen de Selves' ungeschickter, nicht wegen Ministerpräsidenten Caillaux' geistiger Verteidigung des Regierungsstandpunktes, sondern wegen Jaurès' wichtiger Rede. Denn der Sozialist Jaurès stieg ja nicht ins nationale, sondern ins internationale Horn, er paukte nicht auf die Regierung des fremden, sondern auf die Regierung seines Landes los; er predigte Frieden und Freundschaft mit Deutschland. Er kämpfte, wofür einige Wochen früher die Sozialdemokraten im Deutschen Reichstage kämpften: für die internationale Verständigung, für den Weltfrieden. Darum das „Steinigt ihn!“ in der französischen Patriotenpresse, während sich unsere bürgerliche Presse zu Jaurès' Rede nach Möglichkeit ausschweigt. Denn ihr schwimmt mit Jaurès' Friedensrede wieder ein Fell davon. Sie zehrte den ganzen Sommer lang von dem Schwindel, daß Deutschland die vaterlandsloslose Sozialdemokratie habe, und nun schreien die Nationalisten drüben: die französischen Sozialisten seien vaterlandslos wie die deutschen Kolen. Können das unsere nationalen Kandidaten zu Wahlreden ausschlagen? Nein — und darum Schweigen über die sozialistische Rede da drüben. Sie sind sich gleich — die „Patrioten“ hüten und drüben, und ihre patriotische Hoffnung zielt in dem Bunsche, daß es wegen Marokko recht bald wieder zu einem deutsch-französischen Krach kommen möge. Zur Charakteristik der Zukunftswünsche unserer Kriegesinteressen wollen wir eine Blüte aus dem heutigen Leitartikel der scharfmacherischen Dresdner Nachrichten wiedergeben:

Wenn während der Debatten und in den anschließenden Erörterungen der Pariser Presse u. a. die Befürchtung ausgesprochen wurde, daß nunmehr die regsame deutsche Industrie auf Grund der ihr in unbeschränkter Dauer gewährtesten Bewegungsfreiheit in Marokko sich seit einmitten und den Franzosen empfindliche Konkurrenz machen werde, so können wir von unserem Standpunkte aus nur den lebhaftesten Wunsch hegen, daß diese Forderung sich im vollen Umfange bewahrheiten möge. Dabei bleibt dann zu hoffen, daß unsere weitläufigen Nach-

barz sich nicht in den Sinn kommen lassen, nach dem Muster ihres früheren Verfahrens gegenüber der Algerien-Affäre auch die neuen Vereinbarungen wieder mit Nichtachtung zu behandeln. In solchem Falle wären wir genötigt, auf kontinentalem Boden ein sehr ernstes Wort mit ihnen zu sprechen... Die Gefahr eines Weltkrieges ist kaum erst vorüber geraucht, da hofft unsere Kapitalistenpresse bereits auf neue Melereien da drüben, auf Gezänke zwischen deutschem und französischem Kapital, auf „ein ernstes Wort auf kontinentalem Boden!“ So verbredherisch diese Sprache ist, so geläufig ist sie dem bürgerlichen Schmod. Er hat sie seiner Regierung abgeliefert, die sich die letzten Jahrzehnte hindurch in kriegerischer Verbotsität erging. Und wenn unsere Regierung sich im Laufe der Marokkoverhandlungen bereit friedlich entwickelte, daß ihr die sozialistischen Friedensdemonstrationen wie eine Hilfe erschienen, so wurde durch Herrn de Selves' Darlegungen erklärt, daß die deutsche Regierung zu friedlicher Gesinnung erst nach diplomatischen Niederlagen kam. Denn de Selves sagte nach dem telegraphischen Bericht: „Er habe nicht geglaubt, daß es angebracht gewesen wäre, eine Konferenz einzuberufen. Deutschland habe deutlich erklärt, daß es den Zusammtritt einer solchen Konferenz nicht annehmen und ihm nicht Rechnung tragen würde.“

Wir wollen die Sünden, deren sich alle am Marokkovertrag beteiligten Regierungen genug zuschulden kommen ließen, nicht noch einmal durchrechnen. Konstatieren aber möchten wir zum Schluß, daß die während der Marokkoverhandlungen zutage getretene englische Geizhalsigkeit nach der grundsätzlichen Ablehnung eines Schiedsgerichts durch Deutschland erklärlich wird. Für das deutsche Volk aber ergibt sich aus all dem die Notwendigkeit, dafür zu sorgen, daß deutsche Regierungskreise bei Kriegsgefahren nicht mehr über die Köpfe der Staatsbürger hinweg schiebliche Verständigungsmöglichkeiten souverän ablehnen dürfen. Schärfer Kontrolle der auswärtigen Politik durch die Parlamente, bessere Verständigung der Völker miteinander durch das Instrument der Volksvertretung, das sind die Folgerungen, die sich für alle beteiligten Völker aus dem Marokkovertrag von selbst ergeben. Sie liegen in der Richtung des sozialdemokratischen Programms, das die „Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung“ fordert.

Der Parlamentarismus kann nicht alle Uebel der Welt heilen, er kann auch nicht die Interessengegenstände beseitigen, die aus dem imperialistischen Wettbewerbs der verschleierten nationalen Interessengruppen entspringen. Wohl aber kann er, indem er sich auf dem Gebiet der auswärtigen Politik zu dauernder stärkerer Geltung bringt, Fehler der jüngsten Diplomatie korrigieren, die, wie die Ereignisse von 1911 deutlich gezeigt haben, für die Völker verhängnisvoll werden können.

Wahlkampf.

Vorbereitungen für das kommende Zuchtausgesetz.

Die Vorbereitungen für das vom sächsischen Ministerpräsidenten Grafen Bismarck v. Goltz angeführte Gesetz gegen den „Terrorismus“ sind, wie uns mitgeteilt wird, bereits sehr weit gediehen. So hat man im preussischen Ministerium des Innern bereits ein Selbstbuch fertiggestellt, in dem das Material niedergelegt ist, das von Polizeibehörden und von den Scharfmachern geliefert wurde. Von diesem Selbstbuch hatte der sächsische Minister bestimmt Kenntnis, als er im sächsischen Landtage mit so großer Eiderheit mitteilen konnte, daß die Gesetzgebung den Wünschen der konservativen und der nationalliberalen Scharfmacher Rechnung tragen werde. Das Selbstbuch wird vorläufig der Öffentlichkeit noch nicht unterbreitet, aber aus der Tatsache, daß es fertiggestellt ist, darf man schließen, daß das Gesetz dem Reichstage schon bald zugehen wird.

In der Mittwochsitzung der Hamburger Bürgerschaft wurde von 71 Angehörigen der drei alten Fraktionen, dem Wahlrechtsraubblock, ein Antrag zur Verhandlung in einer der nächsten Sitzungen gestellt, dahingehend, der Hamburger Senat möge im Bundesrat auf eine Unterstützung der von der sächsischen Regierung gestellten Anträge, betreffend den größeren Schutz der Arbeitwilligen, hinwirken.

Die Sozialdemokraten begrüßten die Verlesung des Antrages mit lebhaften Zurufen und sagten, daß gerade diese Leistung des Wahlrechtsraubblocks für den jetzigen Reichstagswahlkampf noch gefehlt hat. Und einen solchen Antrag stellen diese bürgerlichen Hochhelden zu einer Zeit, wo die Hamburger Berichte fast täglich durch harte Urteile gegen Arbeiter, die sich am Holzarbeiterstreik beteiligt haben, die Schärfe der bestehenden Gesetze den Streikenden sichtbar machen! In der Bürgerschaft selbst wird es bei Beratung des Antrages ein Ländchen geben, an dem die Scharfmacher keine Freude haben dürften. Uebrigens hat das unbelobene Vorgehen der Arbeiterseite das Gute, daß noch genügend Zeit vorhanden ist, den neuen Anschlag gegen das Koalitionsrecht abzumehren, und daß die Arbeitermassen auch dort, wo noch Indifferenz herrscht, die Gefahr erkennen, die ihnen von einem reaktionären Reichstage droht.